

Der Brunnerbrief

Sonderausgabe vom 9. Oktober 2015

Die Flüchtlingssituation in Deutschland



Foto der Woche: Flüchtlingsaktivisten stellen auf der Spree vor dem Bundestag dar, wie die Flüchtlingsboote bei der Überfahrt nach Europa aussehen.

Seit Monaten bestimmt das Thema Flüchtlinge die Schlagzeilen und Talkshows in unserem Land („Rekordzahl an Flüchtlingen im September“, „Brand in Asylbewerberwohnheim“, „Was ist unsere Pflicht?“, „Schafft Deutschland das?“). Grund genug, eine Sonderausgabe des Brunnerbrief diesem Thema zu widmen. Dabei sollen und können nicht alle Perspektiven auf dieses komplexe Thema beleuchtet werden – im Gegenteil, in erster Linie soll es um die ökonomischen Auswirkungen gehen.

Da die Diskussion häufig sehr emotional geführt wird und viele Begrifflichkeiten vermengt werden, hier ein kleines Wörterbuch:

Grundsätzlich wird unterschieden zwischen **Flüchtlingen** und **Migranten**. Erstere sind Menschen, „die aus begründeter Furcht wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ nicht in ihrem Heimat-

land bleiben können (Artikel 1a der Genfer Flüchtlingskonvention). Migranten hingegen verlassen ihre Heimat aus freien Stücken.

Einen **Asylantrag** können prinzipiell alle Menschen stellen, die zu uns kommen. Die Aussicht auf einen positiven Bescheid sind jedoch höchst unterschiedlich: Während derzeit der Großteil der syrischen Flüchtlinge hohe Chancen auf Asyl hat, sind jene der Asylbewerber vom Balkan nur marginal.

Die Prüfung des Asylantrags durch die zuständigen Behörden muss zukünftig schneller durchgeführt werden – im Interesse beider Seiten. Ein erster Schritt ist mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz getan. Bislang dauert sie durchschnittlich 5,4 Monate vom Antrag bis zum Entscheid. Wird die Abschiebung beschlossen, aber der Titel vorläufig nicht vollstreckt, beispielsweise wegen Krankheit oder fehlender Papiere, liegt eine **Duldung** vor.



www.facebook.com/Brunner.SPD

Für Asylbewerber wie auch für Geduldete besteht grundsätzlich nach drei Monaten die Möglichkeit, beschränkt Arbeit aufzunehmen. Wird Asyl gewährt, erhält die Person eine vorläufige **Aufenthaltserlaubnis** für drei Jahre – dann wird die Sachlage erneut geprüft.

Die Verantwortung Deutschlands

Aktuelle Zahlen, die mehr als eine Millionen Menschen bis Jahresende prophezeien, klingen zunächst einmal hoch. Bricht man diese auf die Gesamtbevölkerung herunter, ist das weniger als ein Flüchtling auf 55 Deutsche. Übrigens hat Österreich dieses Verhältnis bereits erreicht. Zum Vergleich: In Jordanien kommt ein Flüchtling auf vier Einheimische. Und das in einem Land, dessen Wohlstandsniveau bei weitem nicht mit unserem vergleichbar ist. An Jordanien oder dem Libanon sollten sich vor allem jedoch die Golfstaaten ein Beispiel nehmen. In unmittelbarer Nachbarschaft herrscht Krieg, finanziert auch von Saudi-Arabien. Dennoch sind sie nicht bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, trotz vermeintlich einfacherer Integrationsmöglichkeiten, da die kulturellen und sprachlichen Differenzen deutlich geringer sind.

Aber auch Deutschland kann es sich finanziell „leisten“, Flüchtlinge aufzunehmen. Und muss dies auch aus moralischer Sicht tun. Eines der wirtschaftlich stärksten Länder der Welt kann und darf sich nicht vor dieser humanitären Herausforderung wegdrücken. Nicht zuletzt ist die zerrüttete Situation im Nahen und Mittleren Osten auch ein Produkt westlicher Außenpolitik. Was viele zu überraschen scheint (vielleicht wäre es ihnen ja gelegen), ist die Tatsache, dass die Region nicht nur aus Sand und Öl besteht, sondern Heimat von Menschen ist, Menschen, die Wünsche haben wie wir auch: Frieden, Wohlstand, Sicherheit.

Aber nicht Deutschland allein trägt diese Verantwortung. Alle EU-Staaten müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Menschenwürde geht uns alle an. Daher muss schnell eine Einigung über die Verteilung der Flüchtlinge herbeigeführt werden. Es kann nicht sein, dass die Mitgliedstaaten jahrelang von der Europäischen Union profitieren und sich jetzt, wo die Gemeinschaft gefordert wird, vor ihrer Verantwortung drücken. Natürlich: Einige Länder haben mehr Erfahrungen mit Zuwanderung

als andere, die Ängste mancher Osteuropäer sind nachvollziehbar – hinnehmbar ist es in Europa jedoch nicht, die Last auf den Schultern weniger Länder abzuladen.

Gleiches gilt übrigens für die USA. Die geographische Entfernung entbindet nicht von der Verantwortung, die Konsequenzen aus jahrzehntelanger Interventionspolitik zu tragen.

Jessica Henger, die Ko-Autorin dieses Artikels, absolviert ein sechswöchiges Praktikum bei Karl-Heinz Brunner. Zunächst konnte sie zwei Wochen die Arbeit im Wahlkreis kennen lernen und anschließend vier Wochen die Abläufe im Berliner Büro. Sie studiert Volkswirtschaftslehre in Augsburg und beleuchtet die aktuelle Flüchtlingssituation daher aus der ökonomischen Perspektive.



Die ökonomischen Chancen

So herausfordernd die Situation ist, so groß ist der ökonomische Vorteil, den wir aus der Zuwanderung ziehen können. Ja, es ist richtig, zuerst überwiegen die Kosten für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Stellt man aber jetzt die Weichen richtig und schafft es, die Menschen, die hier in Deutschland bleiben dürfen, gut zu integrieren, kann Deutschland mittel- und langfristig davon profitieren. Laut einer Bertelsmann-Studie haben schon 2014 Menschen ohne deutschen Pass im Schnitt 3300 Euro mehr an Steuern bezahlt, als sie an staatlichen Leistungen erhielten.

Die IHK Schwaben bestätigte mir im Gespräch, dass es für Unternehmen von höchster Priorität sei, dass Asylbewerber schnell die deutsche Sprache lernen. Darüber hinaus ist es wichtig, die wirtschaftli-



chen Strukturen der deutschen Arbeitswelt kennenlernen. Die hauptsächlich jungen Asylbewerber können nämlich dazu beitragen, den ansteigenden Fachkräftemangel einzudämmen. Deutschland altert – das heißt, dass immer mehr Arbeitskräfte beispielsweise in den Pflegeberufen benötigt werden, aber bereits jetzt akuter Mangel herrscht. Allein in Bayern sind über 10.000 Lehrstellen unbesetzt, besonders im Handwerk und im Dienstleistungssektor fehlen Auszubildende. Unter den ankommenden Flüchtenden sind circa zwei Drittel im besten Alter, eine Berufsausbildung zu beginnen. Es gilt, nun den Einstieg in das Berufsleben erleichtern und zu beschleunigen.

Ein positives Zwischenfazit kann die IHK Schwaben bereits jetzt ziehen. Immerhin 52 Ausbildungsverträge wurden bereits an Flüchtlinge vergeben, insbesondere an junge Syrer und Äthiopier. Zudem haben 193 Praktikanten eine Stelle bekommen, davon zahlreiche in den Landkreisen Neu-Ulm und Günzburg. Trotzdem stehen viele Unternehmen dabei vor dem Problem, nicht zu wissen, ob von ihnen ausgebildete Flüchtlinge die Arbeit fortsetzen können oder ob eine Abschiebung droht. Ein richtiger Ansatz ist deshalb die sogenannte „3+2“ Regelung. Das bedeutet, dass eine Garantie gegeben wird, dass nach der dreijährigen Ausbildung noch ein Aufenthalt von mindestens zwei Jahren erlaubt ist.

Seriöse Prognosen zeigen: Deutschland braucht jährlich 500.000 Zuwanderer, um Wirtschaft und Sozialsystem bis 2050 aufrecht zu erhalten. Lange verschloss man die Augen. Doch Deutschland ist ein Einwanderungsland – schon um seiner selbst willen. Deshalb müssen Möglichkeiten geschaffen werden, legal und kontrolliert einzuwandern. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher ein einheitliches Einwanderungsgesetz. Das Paket soll bestehende Regelungen zusammenfassen und um ein am kanadischen Modell orientiertes Punktesystem erweitern. Dieses soll flexibel und nachfrageorientiert

sein, sich also an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren. Weiterhin ist es wichtig, ausländische Abschlüsse schneller anzuerkennen.

Eine Schwierigkeit besteht gleichwohl darin, nicht nur die Hochqualifizierten anzulocken. Daraus würde resultieren, dass die oftmals ärmeren Ländern, kaum noch eigene Fachkräfte haben, um ihre Heimatländer zu entwickeln (der sogenannte Brain-drain). Es muss die Möglichkeit entstehen, kontrolliert Einwanderung aus jeder Bildungsschicht zuzulassen und diese an den deutschen Arbeitsmarktbedürfnissen anzupassen. Damit einhergehen muss eine vernünftige Politik der Entwicklungszusammenarbeit, die die Anreize bekämpft, die Heimat aufzugeben und das Glück in Europa zu suchen. Geteilt werden diese Vorschläge auch von unseren Partnern in Österreich, wie mir auf einer Delegationsreise in dieser Woche bestätigt wurde.

Bei all diesen Überlegungen ist wichtig, dass es auf keinen Fall zu Dumpinglöhnen kommt. Asylbewerber dürfen nicht unterbezahlt arbeiten und einheimische Arbeitnehmer vom Markt drängen. Der Mindestlohn gilt, dafür steht die SPD ein.

Fazit

Deutschland und Europa stehen vor einer enormen Herausforderung, möglicherweise die größte seit Ende des zweiten Weltkrieges. Mit einem einfachen „Wir schaffen das!“ ist es nicht getan. Schon gar nicht, wenn sich die Union nicht einmal untereinander einig ist. Bund, Ländern und Kommunen müssen an einem Strang ziehen. Und Europa und die EU sind mehr gefragt als sonst. Der Zustrom an Menschen wird vorerst nicht abreißen, viele Menschen versuchen vor Wintereinbruch den sicheren Hafen Europa zu erreichen. Aber wenn nicht wir hier in Deutschland mit dieser Situation umgehen können, wer dann?

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichen. Die Türen meiner Wahlkreisbüros in Neu-Ulm und Kempten stehen zudem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD

